

# Zur Inneren Sicherheit



Foto: Bayerisches StMI

**Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer**  
**Landespolizeipräsident, Freistaat Bayern**  
**Vorsitzender des AK II – Innere Sicherheit –**  
**der Ständigen Konferenz der Innenminister**  
**und -senatoren der Länder**

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der pvt, die Anforderungen an die Polizeien in ganz Deutschland sind so vielfältig und komplex wie nie zuvor. Themen der Inneren Sicherheit wie die Migrationskrise, Terrorismus, Cyber-Kriminalität, Organisierte Kriminalität und nicht zuletzt die Corona-Krise erfordern, dass wir als Organisation dynamisch agieren. Wir müssen bereit sein, uns zu verändern, uns stetig zu verbessern und grenzübergreifend zusammenzuarbeiten, um aktuelle und künftige Herausforderungen an die Polizeien gemeinsam erfolgreich zu bewältigen. Im Rahmen der nationalen Zusammenarbeit im Bereich der Inneren Sicherheit trägt der Arbeitskreis II – Innere Sicherheit – der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (AK II) zu einer stärkeren Vernetzung und Effektivierung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern bei. Das aktuelle Top-Thema der Inneren Sicherheit stellt zweifelsohne die Gefahr von politisch motivierten Anschlägen dar. Die Anschläge von Halle an der Saale und Hanau sowie das Tötungsdelikt zum Nachteil des Kasseler Regierungspräsidenten Herrn Dr. Lübcke führen uns die anhaltend hohe Bedrohungssituation sowie aktuelle Tendenzen in Deutschland auf traurige Art und Weise vor Augen. Aber auch die Bilder der eskalierenden Gewalt in der Nacht von 20. auf 21. Ju-

ni 2020 in Stuttgart dürften jedem von uns gegenwärtig sein. Ein derartiges Gewaltpotenzial, das sich immer öfter gezielt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte richtet, erfüllt mich mit besonderer Sorge. Dabei wird deutlich, wie schnell aus einer vermeintlich tagtäglichen Personenkontrolle ein Großeinsatz mit lebensgefährlichen Situationen für unsere Kolleginnen und Kollegen entstehen kann. Aber nicht nur auf offener Straße, sondern auch im Darknet spielen sich entsetzliche Szenen ab. Dies wurde durch die Aufdeckung kinderpornografischer Netzwerke in Deutschland, unter anderem in einer Kleingartenanlage in Münster, deutlich. In diesem Zusammenhang begrüße ich, insbesondere als Vorsitzender des AK II, dass die IMK im Rahmen ihrer Sitzung vom 17. bis 19.06.2020 in Erfurt eine klare Position zur Mindestspeicherfrist bezogen hat. Eine Verpflichtung zur Speicherung von IP-Adressen, auch wenn diese dynamisch sind, ermöglicht der Polizei einen späteren Zugriff und kann Ermittlungen bei der Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet und im Kampf gegen Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie wesentlich voranbringen. Um nicht nur mit den technischen Möglichkeiten sondern auch mit der digitalen Aufrüstung des polizeilichen Gegenübers Schritt zu halten, bedarf es insbesondere in der mobilen LuK in den nächsten Jah-

ren erheblicher Anstrengungen. Einzelne Länder wie Bayern haben hier bereits zukunftsweisende Programme aufgelegt. Möglichst schnell müssen alle Beamtinnen und Beamten mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der sie heute eine persönliche Dienstwaffe besitzen, auch ein persönliches dienstliches Smartphone zur Verfügung gestellt bekommen. Bund und Länder sind gefordert, gemeinsam Apps zu entwickeln und in diesem noch jungen Umfeld Mehrfachentwicklungen zu vermeiden. Und die Apps an sich müssen die konsequente mobile Ergänzung bestehender Anwendungen sein. Nicht zuletzt muss auch die mobile Sachbearbeitung auf ausreichend dimensionierten Convertibles oder Notebooks überall und zu jeder Zeit möglich sein. Im Zusammenhang mit der dynamischen Entwicklung und dem Wettbewerb im digitalen Themenfeld der Inneren Sicherheit freue ich mich, dass mit der „GPEC® digital“ eine der wichtigsten Fachmessen für diesen Bereich am 24./25.03.2021 in München veranstaltet wird. Als geschlossene Spezialmesse bietet die „GPEC® digital“ ein optimales Umfeld für Polizei- und Sicherheitsbehörden, um sich direkt mit den marktführenden Anbietern und Wettbewerbern über den aktuellen Stand der Technik auszutauschen und die Behörden für ihre vielfältige Aufgabenerfüllung in der digitalisierten Zukunft möglichst optimal zu rüsten.